harmlos
gelandem
n, die sie
die Ver-
Wir er-
welche für
niger als
näre ver-
Samme-

Vom Auftreten dieser und anderer Pflanzenkrankheiten sollte man überdies sofort die Hauptstelle für Pflanzenschutz an der Rgl. Landwirtschaftlichen Akademie in Bonn-Poppelsdorf in Kenntnis setzen. Diese erteilt bekanntlich kostenlos alle Aufschlüsse über das Wesen und die Bekämpfung von Pflanzenkrankheiten.

Aus der Rheinprovinz.

Bonn, 17. Mai. Ueber Zentrum und Selbstverwaltung führte Abg. Professor Dr. Fajbender in der gestrigen Versammlung der Zentrumsparthei aus: Wenn wir unsere politische Position bewahren wollen, dürfen wir uns nicht darauf beschränken, nur in den parlamentarischen Körperschaften diese Macht zu beweisen, sondern wir müssen auch unsere Grundsätze bei den kommunalen Wahlen und in den Körperschaften der Selbstverwaltung zur Geltung bringen. Wir müssen nicht nur in den breiten Massen des Volkes das verbreiten, was man heute zusammenfaßt unter dem Namen Bürgerkunde, sondern wir müssen unsere Leute dahin bringen, daß sie offen und unentwegt bei den Wahlen zu den kommunalen Körperschaften ihre Stimmen abgeben, wie bei den Wahlen für die parlamentarischen Körperschaften. Die Zentrumsparthei des Rheinlands wird, von dieser Ueberzeugung durchdrungen, in der nächsten Zeit eine sehr übersichtliche und einflussvolle Broschüre über die Selbstverwaltung publizieren, auf die schon heute hingewiesen sei. Auch der Volksverein für das katholische Deutschland hat eine Reihe von kleinen Schriften herausgegeben, welche zur Verbreitung der Bürgerkunde geeignet erscheinen. Es handelt sich darum, höhere politische Erziehung durch richtigen Begriff des Verfassungsstaates zu verbreiten. Es müssen die breiten Massen des Volkes nicht nur als unbewußte Mitläufer mitwirken bei unseren Wahlen, sondern sie sollen sich als wirkliche zielbewußte Wähler ausgestalten, sodaß sie nicht nur die allgemeine Staatslehre kennen, was der Staat will und was er soll, von unserer Staatsverfassung, von ihrer Ausgestaltung und von den verfassungsmäßigen Grundätzen wissen, sondern auch besonders Kenntnisse erwerben über die Verwaltung im Reiche und in Preußen. Bei den letzten Verhandlungen über die Schule im preussischen Abgeordnetenhaus ist auch die Einführung der Bürgerkunde in den Lehrplan der Volksschule sehr eingehend behandelt worden. Der Lehrplan der Volksschule ist aber so belastet, daß dafür kein Platz mehr sein wird. Aber in dem Lehrplane der Fortbildungsschule könnte die Bürgerkunde aufgenommen werden. Nach Freiherrn v. Stein sollte die Selbstverwaltung den Zweck haben, aus den Untertanen Bürger in der moralischen und politischen Bedeutung zu bilden. Als Rheinland 1815 an Preußen kam, bestand daselbst die freiheitliche für Stadt und Land einheitliche Kommunalverfassung. Bis zum Jahre 1856 haben sich die Rheinländer bemüht, alle Versuche, das Gemeinwesen in der Rheinprovinz „unter eine polizeilich-bureaucratische Schablone“, um einen Ausdruck Reichenspergers zu gebrauchen, zu bringen, zu verhindern. Alles half nichts, das Abgeordnetenhaus nahm eine Kommunalverwaltung aus dem Gesichte der Reaktion an und sie ist noch heute in Geltung. Es handelt sich hier nicht darum, über eine Reform der rheinischen Landgemeindeordnung zu sprechen, sondern zu zeigen, weshalb es von der größten Bedeutung ist, daß sich unsere Leute auch bei den kommunalen Wahlen beteiligen. Die Gemeinderats- und Stadtvorordnetenkollegien bilden die Grundlage der sämtlichen Wahlen im Reiche und in der Provinz, sodaß es von außerordentlich großer Wichtigkeit ist, daß sie so zusammengesetzt sind, daß auch unsere Leute darin vertreten sind. Eine große Reihe von Zentrumsleuten, die bei den Reichs- und Landtagswahlen ganz zuverlässig zu unserer Fahne stehen, kniefen bei anderen Wahlen, um nicht nach oben anzustößeln. Wir wollen in den Kommunalversammlungen lediglich volle Parität. Wir wollen nicht andere ausschalten, aber auch nicht ausgeschaltet werden. Wir wollen Selbstverwaltung, so wie es in dem Wort zum Ausdruck kommt. Die Kommunalwahlen haben aber auch Bedeutung für die konfessionelle Frage, für die Schule. Wir verlangen Parität in der Zusammenfassung der Gemeindevertretungen und der Stadtvorordnetenkollegien und in der Besetzung kommunaler Ämter bezüglich Konfession und Parteiangehörigkeit. Die Sonderkandidaturen eines Standes oder eines Gewerbes bei den Kommunalwahlen bilden eine Gefahr und die Partei muß die Sache in die Hand nehmen vom Standpunkte der ausgleichenden Gerechtigkeit. Die Schulfrage erheischt vom Standpunkte der Selbstverwaltung unser größtes Interesse, weil das Gesetz unter Umständen die Errichtung von Simultanschulen zuläßt und in Stadtgemeinden die Schuldeputationen und in Landgemeinden der Schulverband zu entscheiden hat, ob bei röhre Gründe zur Errichtung von Simultanschulen vorliegen. Wenn wir andere Verhältnisse schaffen wollen, dann müssen wir dieselbe Agitation, die wir bei den parlamentarischen Wahlen entfalten, verpflanzen für die Wahlen zur Selbstverwaltung. Es muß anders werden und es kann anders werden. Wir haben ein gutes Recht auf die Selbstverwaltung!

Bermischtes.

Frankfurt a. M., 19. Mai. Anlässlich des heutigen Beginnes des 3. Kaiser-Gesangswettstreits ist die Stadt, namentlich der Bahnhof und die zum Festplatz führenden Feststraßen mit Fahnen und Guirlanden reich geschmückt, auch viele öffentlichen und privaten Gebäude haben ihre Fassaden zum Ausdruck der Freude über die Ankunft der angesprochenen Gäste prächtig dekoriert. Auf dem Festplatze beansprucht die Festhalle, die jetzt auch im Innern völlig fertiggestellt ist volle Anerkennung. Auf dem Platze selbst bieten gärtnerische Anlagen einen, das Auge erfreuenden Anblick. Wein- und Bierrestaurants und ein Cafe laden zum gemütlichen Verweilen ein. Zu dem Wettstreit sind 34 Vereine mit 5683 Sängern angemeldet, die in 21 Sonderzügen hier eintreffen. Das Hauptkontingent der Gäste stellt Westdeutschland, besonders das Rheinland und Westfalen. Von Berlin kommen der bisherige Inhaber und Verteidiger des Kaiserpreises, der Berliner Lehrergesangverein und der Berliner Gesangverein. Der Osten Deutschlands fehlt ganz.

(Eine Warnung für stellensuchende Mädchen.) Zahlreiche Meldungen sind aus Frankreich über unwürdige Stellungen, welche deutsche Mädchen dort haben übernehmen müssen, in Deutschland eingetroffen. Statt Lehrerinnen und Erzieherinnen sind viele nur Dienstboten. Anderen ist es noch viel schlechter gegangen. Niemand sollte einen Vertrag unterschreiben oder zum Antritt einer Stellung abreisen, bevor er sich genau er-

kundigt hat. Der internationale Verein der Freundinnen junger Mädchen in Berlin und Neuchâtel steht mit Rat und Tat gern zur Verfügung.

Um Wiedereinführung des Postamtstempel hatte die Diegnitzer Handelskammer eine Eingabe an den Staatssekretär des Reichspostamts gerichtet, da dieser Stempel auf Briefen urkundliche Bedeutung haben könne. Nach der „Post. Ztg.“ hat der Staatssekretär der Handelskammer einen ablehnenden Bescheid erteilt.

Strasbourg, 14. Mai. Der D-Zug 161 Basel—Amsterdam ist bei Herlisheim (Oberelsaß) um 10 Uhr Abends mit einem Güterzug zusammengestoßen. 6 Personen wurden getötet, 5 verletzt.

Wilhelmshaven, 14. Mai. Bei einer Schießübung der Matrosenartillerie nahm ein Schuß eine rückläufige Richtung und ging in eine Abteilung Soldaten. Das Unglück ist bei einer 28 Zentimeter-Haubitze durch vorzeitiges Ziehen der Abzugseleine entstanden. Die Granate ging in eine nahe Mauer. Durch die umherfliegenden Stücke wurde die Bedienungsmannschaft getroffen. Ein Mann wurde sofort getötet, mehrere verletzt; einer der Verletzten ist seinen Wunden erlegen.

Jeschlin (Pommern), 19. Mai. Einen recht teuren Scherz machte sich ein hiesiger junger Kaufmann. Er steckte eine Tafel Schokolade in einen Wertumschlag, gab als Wertangabe eine Million Mark an und sandte diesen Wertumschlag an seine Braut in Neuruppin als Geburtstagsgeschenk. Auf dem Postamt wurde die angegebene Summe Senkung vorgeschrieben nachgezogen, mit 132 Mark Porto belegt und unter Geleit nach Neuruppin geschickt. Der hohen Portokosten wegen verweigerte die Braut die Annahme. Unter einem nochmaligen Portoaufschlag von 162 Mark ging die Sendung nach hier zurück, wo die Post nun 324 Mark Portokosten von dem jungen Kaufmann für seinen Scherz verlangt.

(Ihr Reichtum wurde ihr zum Verderben.) Am 4. August 1907 begab sich die reiche Kopenhagener Kaufmannswitwe Emma Levin, die zur Kur an der Riviera weilte, nach der Villa des englischen Ehepaars Gould in Monte Carlo, wo sie zum Five o'clock tea geladen war. Die Witwe hatte sich aus diesem Anlaß festlich gepudert und ihren ganzen Schmuck umgehängt, der ihr zum Verderben werden sollte. Das Ehepaar Gould ermordete nämlich die Kaufmannswitwe mit Art und Messer, riß ihr die Juwelen ab packte die zerstückelte Leiche in ein Koffer und sandte diesen nach Marseille, wo ein Bahnbeamter entdeckte, das Blut herausfickerte. Die Täterschaft des verbrecherischen Ehepaars Gould war bald festgestellt. Frau Gould wurde zum Tode und ihr Gatte zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Frau Gould rief die Gnade des Königs an und erreichte auch, daß ihre Strafe in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt wurde. Sie ist inzwischen in Zuchthaus gestorben, während ihr Gatte noch lebt. Der letzte Akt des Dramas spielte sich am Samstag in Kopenhagen ab, wo auf Antrag des Sachwalters und Testamentsvollstreckers der Ermordeten die Juwelen, die mit ihrem Blute besetzt gewesen sind, versteigert wurden. Die Juwelen brachten einen sehr erheblichen Erlös. Am höchsten wurde das Kollier gemietet, das Frau Levin an dem verhängnisvollen Nachmittag getragen hatte. Es besteht aus acht Reihen echter Perlen, die durch fünf Querbänder aus Brillanten und Rubinen zusammengehalten werden. Dieses Kollier wurde während des Kampfes zerrissen und einzelne Perlen erst lange nach der Tat in den Ecken des Vorzimmers gefunden.

Betreffs der Konfessionsverhältnisse ist nach den neuesten Ermittlungen zu berichten, daß in Preußen auf 1000 Einwohner 626 Protestanten, 358 Katholiken, 11 Juden und 5 Christen anderer Konfession kommen. In der Rheinprovinz stehen unter 1000 Einwohner 694 Katholiken und 291 Protestanten. Die katholische Bevölkerung ist am stärksten im Kreise Akenau, Regierungsbezirk Koblenz, vertreten. Hier kommen auf 1000 Einwohner 991 Katholiken. Die evangelische Bevölkerung ist am stärksten in Schleswig-Holstein vertreten, wo von 1000 Einwohnern 966 evangelisch sind. Das Judentum ist am stärksten in Bessen-Neustadt (24 auf 1000, in Frankfurt a. M. 70 auf 1000) und das Sektentum am stärksten in Westpreußen (3,8 auf 1000) vertreten. Von 37 250 000 Einwohnern Preußens sind rund sechs Zehntel protestantisch, drei Zehntel katholisch und ein Zehntel jüdisch.

(Das „helle“ Berlin.) Berlin ist nicht nur die sauberste, sondern auch die am besten beleuchtete Stadt der Welt! Dies ist von allen Sachverständigen anerkannt worden. Anfang dieses Jahres brannten in Berlin nicht weniger als 35 715 Lampen und Laternen bzw. elektrische Lampen in öffentlichen Straßen und auf Plätzen, darunter 33 441 Gaslampen in 25 381 Laternen, die von den städtischen Gaswerken gespeist wurden. Hierzu kommen dann noch 1152 Gaslampen, die von der englischen Gasanstalt versorgt werden. Ferner sind noch vorhanden: 98 Petroleumlampen in Straßenteilen, die noch der Gasleitung entbehren, und 21 Spiritusglühlampen. Elektrische Lampen waren 1003 zu Beginn dieses Jahres in Betrieb. Mit der Beleuchtung Berlins hält die Gaserzeugung der städtischen Werke gleichen Schritt. Im letzten Quartal des vorigen Jahres wurden 87 1/4 Millionen Kubimeter Gas gewonnen. Durch gewöhnliche Gasmesser wurden an Konsumenten 65 1/2 Millionen Kubimeter und durch Automaten 5,3 Millionen Kubimeter Gas im letzten Quartal des vorigen Jahres abgegeben. Neue Gasautomaten wurden in diesem Zeitraum in der ansehnlichen Zahl von 7269 aufgestellt. Die Zahl der Gasmotoren hat dagegen abgenommen. Ende Dezember v. J. wurden nur noch 565 Stück benutzt.

Briefe, die Sonntags nicht ausgetragen werden sollen. In der württembergischen Zweiten Kammer ist am 14. Mai von national-liberaler Seite bei der Beratung des Postetats der Antrag eingebracht worden, die Regierung zu ersuchen, mit der Reichspostverwaltung in Verbindung zu treten zum Zweck der Herstellung von Postwertzeichen, auf denen sich der Vermerk befindet, daß die Sendung an Sonntagen nicht ausgetragen werden soll. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ueberlassung von Waffen an Kriegervereine. Um den Kriegervereinen Schießübungen mit Militärgewehren zu erleichtern, haben, wie die „Parole“ mitteilt, die preussischen Ministerien des Innern und des Krieges in dankenswerter Weise durch gemeinsamen Erlaß vom 16. April bestimmt, daß der Ueberlassung von Waffen an Kriegervereine keine Bedenken entgegenstehen. Es werden Infanteriegewehre M 71/84 und Jägerbüchsen M 71, das Stück zu 3,5 Mk., sowie scharfe Patronen M 71 (100 Stück zu 2,5 Mk.) abgegeben. Gewehre

und Patronen werden nur Kriegervereinen überlassen, die sich dem Ruffhäuser-Bunde angeschlossen haben. Zunächst werden nur die zum Preussischen Landes-Kriegerverbande gehörenden Vereine berücksichtigt. Inwieweit den Kriegervereinen derjenigen deutschen Bundesstaaten, deren Kontingente dem preussischen Heere angeschlossen sind, Gewehre und Patronen überlassen werden dürfen, darüber schweben noch Verhandlungen mit den betreffenden Bundesstaaten. Die preussischen Kriegervereine legen ihre Anträge auf Verabfolgung von Waffen und Munition dem Preussischen Landes-Kriegerverbande vor. Dort werden sie gesammelt und — wenn der Vorstand ihnen zustimmt — halbjährlich zum 1. April und 1. Oktober, das erste Mal im April und Mai, der Feldzeugmeisterei vorgelegt. Wegen etwaiger Benutzung von Truppenschießständen haben sich die Kriegervereine unmittelbar mit den Garnisonkommandos in Verbindung zu setzen. Die Gewehre werden von den zuständigen Artilleriedepots durch Vermittlung der Vorstände der Kreis-Kriegerverbände an die Vereine ausgeliefert, nachdem die Vereine einen mit dem vorgeschriebenen Vereinsstempel versehenen Revers (Bürgschein) ausgefüllt und unterzeichnet haben. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß die Gewehre an einzelne Kameraden nicht abgegeben werden dürfen.

Unter uns. Fredersdorf, einer der bevorzugten Lakaien Friedrichs des Großen, der mit der Meldung der im Vorjahr harrenden Personen betraut war, überbrachte einst kurz vor Beginn der Empfänge dem Monarchen ein mit Goldstücken gefülltes Kästchen, hatte dabei aber das Mißgeschick, auf dem glatten Parkettboden zu straucheln. Um das Gleichgewicht zu erhalten, streckte er instinktmäßig die Arme aus, aber durch diese Bewegung streifte er den König ziemlich an, ohne zu verhindern, daß sich der Inhalt des Kästchens über den Boden zerstreute. „Tölpel!“, rief der Monarch in übelster Laune und versetzte dem Lakai eine schallende Ohrfeige, die das wohlgeputzte Haar merklich in Unordnung brachte. Der Kammerdiener, an derartige Ausbrüche der üblen Laune seines Gebieters gewohnt, nahm die Sache nicht weiter tragisch, er sammelte die Goldstücke und wandte sich dann zur Tür, während Friedrich der Große an seinem Arbeitstisch Platz nahm. Aber bei zufälligem Umblicken gewahrte er, daß Fredersdorf sich noch immer im Zimmer befand und zwar vor einem hohen Wandspiegel, wo er sich bemühte, seine stark mitgenommene Frisur wieder in Ordnung zu bringen. „Kerl, was macht er da noch?“ rief Friedrich hinüber. „Verzeihung, Majestät“, meinte Fredersdorf, „ich ordne nur meine Frisur ein wenig, die da draußen brauchen doch nicht zu wissen, was hier unter uns vorgelassen ist.“ Mit diesen Worten verneigte er sich und schritt dem Vorfall zu, um einen Augenblick später in gravitätischer Haltung seines Amtes zu walten. Der König aber konnte sich des Lachens nicht erwehren und der erheiterte Vorfall „unter uns“ wirkte sehr günstig auf die Stimmung des Königs während der Empfangsstunde.

Auszug aus den

Verhandlungen der Handelskammer zu Eupen in der Sitzung vom 21. April 1909.

Anwesend: Geheimer Kommerzienrat Veschlar-Eupen als Vorsitzender, Kommerzienrat Alfred Peters, J. Homberg, Alex. Mayer, Alfred Tommar-Eupen, Reinhold Bruch-Pr.-Waresnet, J. Charlier, L. Charlier, Gust. Lang, F. Piette-Malmedy, Karl Dyd, Kommerzienrat Scheibler-Montjoie, Rüttigen Sekretär.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende in warmen Worten des dahingegangenen Mitgliedes, Herrn Ferd. Mattonet-St. Vith. In ihm verliere die Kammer einen wertgeschätzten Kollegen, der lange Jahre mit größtem Eifer an deren Arbeiten teilgenommen und auch in manchen wichtigen wirtschaftlichen Fragen die Initiative ergriffen habe.

Die Anwesenden ehrten das Andenken an den Verstorbenen durch Erheben von ihren Sitzen.

Aus der Berichterstattung des Vorsitzenden über die Tätigkeit der Kammer seit der letzten Sitzung ist folgendes zu erwähnen:

Seitens der königlichen Eisenbahnverwaltung war angeordnet worden, daß die Frühzüge 699, Malmedy ab 4,54, Weismes an 5,16, und 700, Weismes ab 5,47, Malmedy an 6,07 nicht mehr verkehren sollten. Durch schriftliche und mündliche Vorstellungen ist es gelungen, diese, die Interessen der Stadt Malmedy überaus schädigende Anordnung rückgängig zu machen, sodaß jene Züge vom 1. März d. J. ab wieder fahren.

Infolge von Beschwerden über die Bestimmung, daß sämtliche vier Vormittags von Herbesthal nach Köln abgehenden Schnellzüge zuschlagspflichtig sind, hat die Kammer sich mit einer Eingabe an die königliche Eisenbahndirektion gewandt, um die Befreiung von der Zuschlagsgebühr wenigstens für einen Zug und zwar für Nr. 5, 8,22 Uhr ab Herbesthal, oder aber die Einreihung von Wagen 3. Kl. in den Zug 68, 10,20 Uhr zu erreichen. Nach der eingegangenen Antwort kann diesen Wünschen jedoch keine Folge gegeben werden.

Ein Fabrikbesitzer des Bezirks wollte sein Etablissement vergrößern, befand sich aber in der Notlage, daß ihm dieses nur durch den Erwerb eines angrenzenden steuerfälligen Grundstückes möglich war. Seine desfl. Anträge bei den Behörden fanden jedoch keine Berücksichtigung, weil der Staat nur in den seltensten Fällen Grundeigentum veräußert. In dieser peinlichen Lage wandte sich die Firma an die Handelskammer, deren Bemühungen es gelungen ist, die Zustimmung des Herrn Finanzministers zu dem Verkauf zu erlangen. Der Inhaber der Firma hat der Kammer seinen wärmsten Dank dafür ausgesprochen.

Im Interesse einer Bahnverbindung Kalkerberg-Montjoie-Heimbach richtete die Kammer eine Eingabe an die königliche Eisenbahndirektion und außerdem nahm der Vorsitzende Veranlassung, an kompetenter Stelle auch noch persönlich in dieser Frage vorstellig zu werden. Hierbei habe er den Eindruck gewonnen, daß das Bestreben bei der Eisenbahnverwaltung wirklich bestehe, der Stadt Montjoie eine bessere Bahnverbindung über Düren nach Köln zu verschaffen.

Von Herrn Kommerzienrat Scheibler wird darauf hingewiesen, daß anscheinend das alte Projekt fallen gelassen und ein neues aufgenommen worden sei, welches die Linienführung nicht mehr durch das Roertal nach Heimbach vorsehe, sondern die Richtung von Kalkerberg-Montjoie bis Grünenthal der Roer entlang, dann aufwärts durch das Belchenbachtal nach Simmerath und von dort durch das Galtthal bei Nideggen zur Roer nehme. Diese Bahnlinie, deren Ausführung sich bedeutend billiger stellen würde, als die ersterwähnte, finde im Kreise